

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 400.2 - Organisationsentwicklung
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Uwe Sperling 563 6907 563 8134 uwe.sperling@stadt.wuppertal.de
	Datum:	31.08.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/1090/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
15.09.2005	Rat der Stadt Solingen	Kenntnisnahme
19.09.2005	Rat der Stadt Remscheid	Kenntnisnahme
20.09.2005	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	Entgegennahme o. B.
21.09.2005	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
26.09.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal; Sachstandsbericht		

Beschlussvorschlag

Die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal nehmen den Bericht zum Sachstand der Bergischen Zusammenarbeit ohne Beschluss entgegen.

Beate Wilding
Oberbürgermeisterin
der Stadt Remscheid

Franz Haug
Oberbürgermeister
der Stadt Solingen

Peter Jung
Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal

Begründung

Vorbemerkung:

Die Projekte der Bergischen Kooperation basieren auf einer gleichberechtigten Partnerschaft der drei bergischen Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen. Diese Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe soll Chancen eröffnen, um durch Synergieeffekte vor allem im back-office-Bereich der Kommunen Einsparpotentiale zu erschließen und dadurch Leistungen aufrecht erhalten zu können, die die Städte jeweils für sich ihren Bürgerinnen und Bürgern angesichts der fortdauernden kommunalen Finanzkrise zukünftig nicht mehr bieten können. Die Kooperation ist nach Überzeugung der drei Städte ohne Alternative. Ihre Projekte sollen im einzelnen kreativ und durch alle Bereiche der Verwaltung geprüft sein, allen drei Partnern gleichermaßen nutzen und eine Zusammenarbeit mit anderen Partnern keineswegs ausschließen.

Rechtslage:

Das Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen trat am 04.02.2004 in Kraft und wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW am 20.02.2004 veröffentlicht.

Mit diesem Artikelgesetz wurden Änderungen zum Landesplanungsgesetzes, zur Gemeindeordnung, zur Kreisordnung, zum Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung, zum Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet sowie zur Eingruppierungsverordnung vorgenommen.

Das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit wurde dem Grunde nach nicht geändert. Über die Änderungen der Gemeindeordnung wurde die gemeinsame Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung im Sinne einer Effizienzsteigerung unter bestimmten Bedingungen ermöglicht.

Darüber hinaus wurde durch den neuen § 10 a (Öffnungsklausel) des Landesplanungsgesetzes die rechtliche Grundlage für einen regionalen Flächennutzungsplan eröffnet.

Sachstandsbericht:

Mit einer gemeinsamen Stellungnahme haben die Oberbürgermeister der drei bergischen Großstädte im Dezember 2003 auf eine Anfrage der SPD-Ratsfraktionen geantwortet und über den damaligen Sachstand ausführlich informiert. Auf diese Vorlage wird Bezug genommen.

a) Sitzungen der Steuerungsgruppe und Geschäftsführung

Um die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Remscheid, Wuppertal und Solingen zu koordinieren und zu lenken wurde eine regionale Steuerungsgruppe „Bergische Zusammenarbeit“ gebildet, die aus den drei Stadtkämmerern, den Leitern der Büros der Oberbürgermeister bzw. den Referenten der Oberbürgermeister sowie den Leitern der Finanzverwaltungen besteht.

Diese Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit hat bisher 14-mal getagt. Zu Beginn des Jahres 2004 wurde eine Geschäftsführung für die Vor- /Nachbereitung der Sitzungen sowie die interne Kommunikation und Organisation eingerichtet. Die Aufgabe wurde zunächst der Abteilung Konzernkoordination beim Büro Oberbürgermeister in Solingen zugeordnet.

Zur Struktur der Vorgehensweise hat die Steuerungsgruppe entschieden, die gemeinsame Arbeit in Form von Projekten und Arbeitsgruppen durchzuführen. Alle drei Städte sind aufgefordert, Themenbereiche (Aufgaben) vorzuschlagen, die für eine Zusammenarbeit geeignet erscheinen. Entschließt sich die Steuerungsgruppe, ein Projekt zu starten, werden mit einem konkreten Projektauftrag die Ziele, die Aufgabeninhalte, die Projektbeteiligten und die Terminplanung vereinbart. Bisher wurden Projektaufträge zu den Themen „Bergische Weiterbildung“ und „Vermessung und Kataster“ erteilt. Mit diesen Projektaufträgen sollen Entscheidungsgrundlagen für die Verwaltungsleitungen und die Stadträte erarbeitet werden.

Die als Anlage beigefügte Auflistung über die Themenfelder sowie die bestehenden Arbeits- und Projektgruppen gibt einen Überblick über die derzeitige Entwicklung.

b) Projekte

1. Bergische Weiterbildung

Am 11.02.04 richtete die Steuerungsgruppe ein Projektteam ein (Projektleitung Konzernkoordinierung der Stadt Solingen) mit dem Auftrag, die Zusammenführung der Volkshochschulen unter der Voraussetzung der Wahrung der Präsenz in den drei Städten zu prüfen. Später wurde durch die Steuerungsgruppe entschieden, dass die Familienbildungsstätten sowie die Regionalstellen Frau und Beruf einzubeziehen sind.

In der ersten Projektphase wurde zunächst ein Grundmodell „Bergische Weiterbildung“ erarbeitet und ein politischer Grundsatzbeschluss herbeigeführt. Zur Klärung der weiteren Fördermöglichkeiten bei einem Zusammenschluss und der grundsätzlichen Position des Landes hierzu wandten sich die drei Oberbürgermeister an den Ministerpräsidenten. Die positive Antwort der Staatskanzlei Anfang Februar 2005 hat erfreulicherweise nicht nur für Klarheit zu der rechtlichen Möglichkeit einer Bergischen Weiterbildungseinrichtung gesorgt, sondern auch bestätigt, dass die Landeszuwendungen im Falle einer Kooperation bzw. Zusammenlegung für alle drei Städte nicht beeinträchtigt werden. Damit war eine wichtige Entscheidung für einen erfolgreichen Verlauf dieses Projektes gefallen.

Im Juni 2005 befassten sich die Fachausschüsse und die Räte in den drei Städten mit einer umfangreichen Vorlage zur Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Bergischen Weiterbildung Remscheid-Solingen-Wuppertal. Alle drei Räte fassten mit großer Mehrheit den Grundsatzbeschluss, dass künftig die Aufgaben der Weiterbildung gemeinsam wahrgenommen werden sollen. Bis zum Herbst 2005 sind nun die notwendigen rechtlichen, organisatorischen, konzeptionellen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Kooperation zum 01.01.2006 zu erarbeiten und den Räten als Durchführungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen.

2. Vermessung, Kataster und Kartographie

Im Februar 2004 wurde das Projekt „Kooperation der Vermessungs- und Katasterämter (VuK)“ unter der Federführung des Vermessungsamtes Wuppertal ins Leben gerufen.

Die Leiter der Vermessungs- und Katasterämter der drei Städte wurden beauftragt, im Rahmen eines Kooperationsprojektes die Möglichkeiten und wirtschaftlichen Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit zu untersuchen. Bis zum 31.12.04 erfolgte die Bestandsaufnahme der Grundlagendaten, anschließend wurde bis Mitte 2005 das Optimierungspotential ausgesuchter Prozesse analysiert und Kooperationsmöglichkeiten inhaltlich geprüft, konkrete Kooperationsvorschläge sollen in Form eines Abschlussberichtes bis zum Jahresende 2005 präsentiert werden.

Die Projektarbeit verläuft im Zeitplan. Mit einem ersten Meilensteinbericht konnten Grundlagen sowohl zur Verbesserung der künftigen Vergleichbarkeit und Zusammenarbeit, aber auch für die Durchführung gemeinsamer Vergaben und Ausschreibungen geschaffen werden, die bereits in einigen Bereichen konkret umgesetzt werden konnten (z. B. gemeinsame Luftbildbefliegung).

3. Gemeinsame Leitstelle für den Feuerschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz

Die Zusammenarbeit von Solingen und Wuppertal in der „Gemeinsamen integrierten Regionalleitstelle (GIRLS)“ ist beschlossen und wird nun konkret gestaltet. Die Arbeitsplatzbeschreibungen und Anforderungsprofile sind erstellt - das Stellenbewertungsverfahren ist abgeschlossen. Die Leitstelle wird aus insgesamt 43 Planstellen (Solingen 17,5 - Wuppertal 25,5) bestehen.

Die Rahmenbedingungen für die Dienstplanung sind fest gelegt - nach Abgleich der Schichtpläne beider Feuerwehren und Durchführung des Personalauswahlverfahrens erfolgt in enger Abstimmung mit den künftigen Leitstellenmitarbeitern die Entwicklung des Dienstplanentwurfs. Gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen sind in der Planung.

Mit Hilfe eines externen Fachplaners sind die künftige Raumaufteilung, die Tischbestückung und die Klimatechnik der Leitstelle in Wuppertal sowie die abgesetzten Leitische in Solingen und die Datenvernetzung durch den „Bergischen Datenring“ erarbeitet worden.

Jeder Technikwechsel einer Leitstelle führt zu Anlaufschwierigkeiten – unabhängig von der Frage der Zusammenlegung von Leitstellen. In beiden Städten konnten diese Erfahrungen jüngst gesammelt werden. Für die Inbetriebnahme der gemeinsamen Leitstelle ist eine Vorlaufphase ab 07/06 eingeplant, um Anfangsschwierigkeiten weitestgehend zu vermeiden. Das Leitstellengremium (Feuerwehrleitungen und Leitstellenleitung) wird im Rahmen eines Qualitätscontrollings die Erfahrungen auswerten und eventuell erforderliche Maßnahmen vorschlagen. Die verbindliche Inbetriebnahme ist zum Jahresende 2006 vorgesehen. Sie wird durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Das beauftragte Fachplanungsbüro führt derzeit mit den beiden Feuerwehren eine Bewertung der beiden eingesetzten Einsatzleitsysteme durch mit dem Ziel, anhand von Checklisten die Auswahl des künftig gemeinsamen Einsatzleitsystems zu treffen und die Vergabe zur Erweiterung des ausgewählten Systems kurzfristig zu realisieren.

Mit der gemeinsamen Leitstelle wird gemäß gutachterlicher Ermittlung für die Stadt Wuppertal eine strukturelle Einsparung von ca. 115.000 € jährlich ab 2007 und für Solingen von ca. 209.000 € erzielt.

c) **Arbeitsgruppen**

1. **Service-Center**

Nach Vorgesprächen mit den Städten Duisburg und Mülheim wurde deutlich, dass es lohnenswert ist, intensiv die Schaffung eines gemeinsamen Service-Centers (Call-Center) der drei bergischen Großstädte zu prüfen. Im Rahmen einer Vorstudie wird zunächst ein umfassendes Wirtschaftlichkeitsgutachten erstellt. Die Grundlagen dafür werden durch ein externes Beratungsunternehmen erarbeitet. Die Ergebnisse werden bis Ende September 2005 vorliegen. Diese für Wuppertal erstellten Wirtschaftlichkeitsdaten sollen in der gebildeten Arbeitsgruppe auf die Verhältnisse in Remscheid und Solingen übertragen werden, um eine gemeinsame Lösung abschätzen zu können. Die Ergebnisse fließen in einen Entscheidungsvorschlag ein, ob und wie das Umsetzungsprojekt „Einführung eines gemeinsamen Service-Centers“ auf den Weg gebracht werden soll.

Aufgrund der bisherigen, positiv zu beurteilenden Erkenntnisse haben die Verwaltungsvorstände der drei Städte grundsätzlich der Projektzielsetzung zugestimmt. Voraussichtlich im Oktober 2005 soll über den Projektauftrag entschieden werden. Zu beachten ist, dass es eine enge Verbindung zwischen den Systemen von Service-Centern und CMS (Content Management System) mit Internet- und Intranetauftritt gibt. Diese technische Komponente bedingt wiederum als Voraussetzung für ein erfolgreiches Gelingen, dass ein weiteres Projekt der bergischen Kooperation, der „Bergische Datenring“ erfolgreich umgesetzt wird.

2. **IT (Bergischer Datenring, Kompetenzzentren)**

Bereits seit 2002 besteht eine Datenverbindung zwischen den Stadtverwaltungen Wuppertal und Remscheid. Auf dieser Grundlage wird das Einwohnerverfahren für die Wuppertaler Stadtverwaltung vollständig über das Remscheider Rechenzentrum abgewickelt. Die Erfahrungen damit sind sowohl unter technischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr positiv. Im Sommer 2004 hat sich die Steuerungsgruppe für den Betrieb des „Bergischen Datenrings“, d.h. für die Verbindung der Datennetze der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen, entschieden. Dieses Netz ist die Grundvoraussetzung für alle weiteren, mit Datenaustausch verbundenen Kooperationsprojekte. Vorstellungen zu der technischen Umsetzung, zur Organisation des Betriebes sowie zur Etablierung gegenseitiger Vertrauensstellungen wurden entwickelt, eine Risikoabschätzung, infolge der Öffnung der Netze, sowie eine Aufwands- / Kostenschätzung durchgeführt.

Die Umsetzung soll allerdings erst dann erfolgen, wenn konkrete Verfahren und Anwendungen gefunden und abgestimmt worden sind, die den Bergischen Datenring mit Leben füllen. Die entsprechenden Entscheidungen der Verwaltungsvorstände werden derzeit vorbereitet. Für den gemeinsamen Verfahrensbetrieb soll zwischen den beteiligten Städten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine besondere Vertrauensstellung in Bezug auf die IT-Sicherheit und den Datenschutz gelten. Erste Verfahren, die über den Datenring abgewickelt werden könnten, sind die „Bergische Weiterbildung“ und das Einwohnerwesen. Dafür sollen sog. Kompetenzzentren eingesetzt werden. Für das Verfahren der Bergischen Weiterbildung wäre die Stadt Solingen federführend, für das Verfahren MESO (Einwohnerwesen) die Stadt Remscheid. Weitere Anwendungen für den Datenring könnten – wie zuvor beschrieben – das

Service-Center oder aber auch das Sozialwesen mit einem Kompetenzzentrum in Wuppertal sein. Die Bildung weiterer Kompetenzzentren (Archivierung, Terminal Server, Ordnungsverfahren etc.) ist in Vorbereitung.
Die Einrichtung des Datenrings wurde zwischenzeitlich in Auftrag gegeben.

3. Personalverwaltung (Beihilfebearbeitung)

Zum Thema Beihilfen liegt ein umfassendes Organisationsgutachten der Stadt Remscheid vor. Die verschiedenen Alternativen von Kooperation, Zusammenlegung bis hin zur Fremdvergabe wurden beschrieben. Als Fazit wurde herausgestellt, dass unter den derzeitigen Voraussetzungen eine Kooperation bzw. Zusammenlegung der Beihilfestellen keine wesentlichen organisatorischen und/oder wirtschaftlichen Vorteile für die beteiligten Städte hat.

Die Steuerungsgruppe hat das Thema Beihilfebearbeitung im Jahr 2004 zunächst zurückgestellt mit dem Hinweis, es erneut zu beraten, sofern die auf Landesebene laufenden Überlegungen, die Bearbeitung der Beihilfeangelegenheiten aller Lehrer auf die Kommunen zu übertragen, umgesetzt werden.

Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.04.2005 schafft hier neue Fakten: die dienstherrenübergreifende Übertragung der Beihilfebearbeitung ist für unzulässig erklärt worden. Dieses seit Juni 2005 vorliegende Urteil macht weitere Kooperationsüberlegungen für den Beihilfebereich hinfällig.

4. Materialwirtschaft (e-Procurement)

Mit e-Procurement ist ein elektronisches Beschaffungs- und Vergabemanagementsystem verbunden. Die Stadt Wuppertal hat dazu bereits im Sommer 2003 ein auf fünf Jahre befristetes Projekt ins Leben gerufen. Die bisherigen Projektergebnisse werden in Wuppertal überaus positiv bewertet.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe wurden die unterschiedlichen Leistungsbeschreibungen und Vertragsbedingungen aus den drei Städten verglichen. Ferner wurde im Rahmen eines Modellversuches ein Test für eine gemeinsame Ausschreibung durchgeführt.

Aufgrund der unterschiedlichen Standards und Regeln waren die gemeinsamen Einkaufsaktivitäten erschwert und mit zusätzlichem, relativ hohem Aufwand verbunden. Demgegenüber blieb das Ausschreibungsergebnis hinter den Erwartungen zurück, da die angebotenen Preise nur unwesentlich geringer als bei den bisherigen separaten Ausschreibungen ausfielen.

Zu beachten ist darüber hinaus die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Insbesondere im Vergaberecht sind die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Steuerungsgruppe dazu entschlossen, die gemeinsame Arbeitsgruppe zunächst ruhen zu lassen. Wuppertal wickelt das Projekt weiterhin ab. Solingen und Remscheid lassen sich über die Ergebnisse regelmäßig informieren und werten die Ergebnisse auf ihre jeweiligen Strukturen aus.

5. Neues Kommunales Finanzmanagement

In den drei Städten ist beabsichtigt, jeweils zum 01.01.2008 auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umzusteigen. In 2007 sollen jeweils Pilotprojekte erprobt werden.

In Wuppertal wurde zwischenzeitlich ein umfangreiches Organisations- und Finanzkonzept erarbeitet.

Aufgrund der Komplexität und des Umfangs des Vorhabens hat sich die Steuerungs-

gruppe entschieden, dass das Thema in zwei Arbeitsgruppen behandelt wird. Eine fachliche Arbeitsgruppe, die als gemeinsame Basis für den Erfahrungsaustausch dient, umfasst alle drei Städte. Hier werden vorrangig u.a. die Themen Pensionsrückstellungen, Produktbildung unter NKF und Qualifizierung behandelt. Die zweite Arbeitsgruppe befasst sich bilateral zwischen den Städten Wuppertal und Solingen mit technischen Fragen zu z. B. SAP-Templates und sonstigen mit SAP verbundenen Bedingungen.

6. Veterinärärztlicher Dienst

Die Organisationsformen und Strukturen, Stellen- und Personalübersicht sowie Betriebslisten der drei bergischen Veterinärämter wurden verglichen. Sie dienen als Basisunterlagen für eine erste Einschätzung.

Weitere Unterlagen sollen aus den Bereichen Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen gesichtet werden, um unter dem Oberbegriff „Verbraucherschutz verbessern“ neben den finanziellen auch qualitative Aspekte einfließen lassen zu können. Die Organisationsstrukturen in Wuppertal und Solingen sind zu diesem Aufgabenfeld ähnlich. Deshalb werden zunächst bilateral zwischen diesen beiden Städten vertiefende Gespräche geführt. Remscheid bleibt gleichwohl in der Arbeitsgruppe beteiligt. Die jeweiligen Informationen werden ausgetauscht und es wird nach gemeinsamen Verbesserungen gesucht.

7. ÖPNV

Die Situationen der jeweiligen Stadtwerke in den drei Städten sind geprägt durch Strukturüberlegungen und Überlegungen zur Neuausrichtung. Mittelfristig ist für die Steuerungsgruppe vorstellbar, auch bei den Regie- und Managementaufgaben zu einer intensiven Zusammenarbeit in der Bergischen Region zu kommen. Zu untersuchen wäre ferner, ob eine enge Zusammenarbeit auf der Fahrbetriebsebene sinnvoll und wirtschaftlich betrieben werden könnte und wie diese ggfs. zu organisieren wäre. Die eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus den Beteiligungsverwaltungen unter Federführung der Stadt Wuppertal, wurde beauftragt, diese Untersuchungen durchzuführen.

d) Sonstige Themenfelder

- Erste Ansätze liegen zum Archivwesen vor. Zurzeit werden Grundlagendaten zusammengetragen. Nach ersten Einschätzungen könnte eine Zusammenarbeit zu den Bereichen „Bibliotheken“ und „Werkstätten“ intensiviert werden. Alle Archive klagen darüber hinaus über Raumprobleme, so dass mit Investitionsbedarf zu rechnen sein wird. Mittelfristig muss hier ggfs. an gemeinsamen Lösungen gearbeitet werden, dies rechtfertigt jedoch jetzt nicht die Einrichtung einer Projektgruppe.
- Die Datenschutzbeauftragten der drei Städte und darüber hinaus weiterer Kommunen tauschen regelmäßig Informationen aus. Vielfältige Aufgaben und Anforderungen werden an den Datenschutz gestellt. Zu dem Thema Datenschutz als gesetzlich definierter Auftrag wird daher geprüft, ob für alle drei Städte ein Kompetenzzentrum in Frage kommen könnte. Denkbar wäre, dass dieses Kompetenzzentrum bei der Stadt Remscheid eingerichtet wird. Derzeit wird untersucht, welche Aufgaben ggfs. durch Remscheid übernommen werden könnten und wie sich eine zukünftige Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum gestaltet ließe.

- Die Organisation des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) wird mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den Kommunen wahrgenommen. Es handelt sich im Gegensatz zum Zivildienst um ein Bildungsjahr. Die lt. Gesetz geforderte sozialpädagogische Betreuung, die Akquisition und die Personalverwaltung bieten sich evtl. als Aufgaben an, die gemeinsam für die drei Städte unter finanziellen Vorteilen und verbesserter Qualität für die Freiwilligen erledigt werden können. Eine erste Erhebung über die derzeitigen Organisationsformen sowie die wirtschaftlichen und personellen Auswirkungen wird derzeit erstellt. Danach wird entschieden, ob eine Arbeitsgruppe sich intensiver mit der Thematik beschäftigen soll.
- Bei den besonderen Aufgaben innerhalb des Öffentlichen Gesundheitswesens, wie z. B. Apothekenaufsicht, bestehen bereits zwischen verschiedenen Kommunen Kooperationen. Zusätzliche Überlegungen sollen innerhalb des öffentlichen Gesundheitswesens zum Thema „Psychiatrische Verbünde“ oder zu anderen Aufgaben angestellt werden. Ein regelmäßiger Informationsaustausch der Gesundheitsämter findet bereits statt.

Zusammenfassung

Die Zusammenarbeit zwischen den drei bergischen Großstädten zu intensivieren und auszubauen ist ein permanenter und oftmals auch schwieriger Prozess, der systematischer Steuerung bedarf. Die Steuerungsgruppe wird die Arbeit in diesem Sinne zielgerichtet fortsetzen.

Im Herbst 2005 soll eine gemeinsame Sitzung der drei Verwaltungsvorstände in Solingen-Burg stattfinden. Wichtiges Thema im Rahmen der Bergischen Kooperation wird dabei auch die Regionale 2006 sein, die in diesem Sachstandsbericht nicht unerwähnt bleiben kann. Dieses Projekt belegt eindrucksvoll, wie bedeutend ein Zusammenschluss und das Verfolgen gemeinsamer Ziele in der bergischen Region sind.

Vorlage erstellt:

Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit

für Wuppertal:
für Remscheid:
für Solingen:

OB Jung
OBin Wilding
OB Haug

Auflistung

über Themenfelder, bestehende Arbeits- und Projektgruppen

Entsprechend ihres Bearbeitungsstandes werden die einzelnen Themenfelder in mehrere Stufen eingeteilt.

In der ersten Rubrik werden die Themenfelder aufgelistet, die in der Steuerungsgruppe angesprochen worden sind. Dabei wird unterschieden, ob die Themen zunächst zurückgestellt worden sind, oder ob es sich um Themen handelt, zu denen in den jeweiligen Verwaltungen vorbereitende Arbeiten in Sinne der Kooperationsüberlegungen stattfinden.

Die zweite Stufe umfasst Arbeitsgruppen, in denen Vertreter aus den drei Städten gemeinsam Daten / Fakten zusammentragen und prüfen, ob eine weitergehende, intensive Arbeit mit konkreter Zielbeschreibung für eine Kooperation in Frage kommen könnte.

In der dritten Rubrik werden die Projekte aufgelistet, die durch die Steuerungsgruppe einen konkret beschriebenen Projektauftrag mit Zieldefinition zur Kooperation erhalten haben.

Nachrichtlich werden bereits bestehende Kooperationen aufgelistet.

1. Themenfelder

a) in Bearbeitung

- Regionales Einzelhandelskonzept
- Bildung (Medienentwicklungsplan, Schulkulturatlas, Schulentwicklungsplanung für Berufkollegs)
- Chemisches Untersuchungsinstitut
- Archiv
- Datenschutz
- Freiwilliges Soziales Jahr
- Psychiatrische Verbände

b) (zunächst) zurückgestellt

- Musikschulen
- Rechtsangelegenheiten
- Reinigungswesen
- Druckereiwesen
- Gebäudemanagement
- Ratsangelegenheiten
- Organisationsangelegenheiten
- Bergisches Orchester

Arbeitsgruppen

- Personalverwaltung (Beihilfen / Personalwesen)
- Materialwirtschaft (e-Procurement)
- NKF
- IT (Bergischer Datenring, Kompetenzzentren)
- Veterinärärztlicher Dienst
- Service-Center
- ÖPNV

Projektgruppen

- Volkshochschulen (Projektauftrag erteilt am 11.02.2004)
F: SG
- Vermessung und Kataster (Projektauftrag erteilt am 11.02.2004)
(F: W'tal)

(Nachrichtlich:

Auf Ebene der drei Oberbürgermeister besteht die Projektgruppe:

- Wirtschafts- und Strukturförderung (Regionale 2006)
F: Regionale-Agentur)

Bereits bestehende Kooperationen

- Leitstelle Feuerwehr (öffentlich-rechtliche Vereinbarung W'tal und SG)
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung „Schule für Kranke“
- Sportkoordination und Sportstättenmanagement
- AG Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- Gemeinsame Projekte der Wirtschaftsförderung
(z. B. Messeauftritte, Kompetenz³, Positionierung der regionalen Kompetenzen,)
- Kommunale AG Bergisch Land (KAG) (geht über die drei bergischen Großstädte hinaus)
- Kulturförderung
- Gemeinsames Orchester Remscheid und Solingen
- Zweckverband Ittetal
- Verein zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V.
- Gemeinsames Lastenausgleichsamt W'tal, SG, RS
- Bergisches Studieninstitut in Wuppertal
- Gemeinsame Rettungsassistentenschule in SG (RS, Lev, SG)
- Gruppe Leitender Notarzt
- Regionalbüro W'tal, RS, SG
- Agentur Regionale 2006
- Gemeinsames Krisenzentrum für die Tierseuchenbekämpfung (RS, W'tal, SG)
- Verein „Bergisch-Land-Tourismus“
- Station Natur und Umwelt
- Biologische Station mittlere Wupper
- Netzwerkstationen für Umwelt und Naturschutz
- Arbeitsgruppe Jugendhilfe
- Projekt „Bergische Initiative Pro Ausbildung“ (STARegio)